

Elisabeth Motschmann
Newsletter
22. März 2019



**Liebe Bremerinnen und Bremer,
liebe Bremerhavenerinnen und Bremerhavener,
liebe Freundinnen und Freunde,**

der Bundestag hat am Mittwoch das Deutsch-Französische Parlamentsabkommen beschlossen. Die Parlamentarische Versammlung tritt am 25. März 2019 erstmals in Paris zusammen. Ich freue mich von 50 Vertretern beider Parlamente als einzige Bremer Abgeordnete in der Parlamentarischen Versammlung mitwirken zu können. Mit den Schwerpunkten Kultur und Medien sowie Auswärtige Politik kann ich konkrete Akzente in der Gestaltung der Zusammenarbeit setzen. Selbstverständlich möchte ich auch mit starker Stimme die Interessen meines Wahlkreises Bremen vertreten. Frankreich ist ein wichtiger Handelspartner von Bremen und Bremerhaven. Die Beschlüsse haben immer auch Auswirkungen auf die Bundesländer. Das Abkommen ist ein Meilenstein, die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich auf möglichst vielen Feldern zu festigen. Hierzu möchte ich einen Beitrag leisten.

Ich gratuliere außerdem Tilman Kuban zu seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden der Jungen Union. Er hat in einer sehr starken Rede gezeigt, dass er eine klare Vision für die Junge Union hat. Dafür wünsche ich ein glückliches Händchen und viel Erfolg.

Herzliche Grüße
Ihre

Elisabeth Motschmann

Büro Bremen • Am Wall 135 • 28195 Bremen • Telefon: +49 421 178 36868
Büro Berlin • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Telefon: +49 30 227 73738
Email: elisabeth.motschmann@bundestag.de

Elisabeth Motschmann Newsletter

Parlamentarischer Abend der Deutschen Reitervereinigung



Pferdesport und Pferdezucht im Austausch mit der Politik. Bereits zu einer guten Tradition geworden ist der Parlamentarische Abend der Deutschen Reiterlichen Vereinigung. Zum wiederholten Mal trafen sich rund 100 Vertreter von Pferdesport und Politik in der Zentrale der Deutschen Kreditbank zum Meinungsaustausch in Berlin. Ehrengast in diesem Jahr war Ursula v.d.

Leyen (Foto). Der Präsident Breido Graf zu Rantzau (unteres Bild links) hielt eine sehr emotionale Rede. Es ging nicht nur um das Pferd, sondern auch um den Wolf. Er mahnte die vielen Abgeordneten, endlich eine Regelung zu beschließen, die eine weitere Verbreitung beschränke. Der Wolf gefährde nicht nur Schafe, sondern auch die Jungtiere unter den Pferden.



Präsident Breido Graf zu Rantzau und meine beiden Bundestagskollegen Melanie Bernstein und Eberhard Gienger – am 19. März 2019

Elisabeth Motschmann Newsletter



Briefing am Morgen mit meiner Mitarbeiterin Catharina Neumeyer– am 19. März 2019

Ein deutsch-französisches Parlamentsabkommen – Für eine verstärkte parlamentarische Zusammenarbeit

Die Parlamente Deutschlands und Frankreichs, der Deutsche Bundestag und die Assemblée Nationale, schließen ein eigenes Abkommen ab. Sie wollen damit die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bereich der Legislative ausbauen. 56 Jahre nach der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags und mit Bezug auf den im Januar von den Regierungen Deutschlands und Frankreichs gezeichneten Aachener Vertrag, werden die Parlamente so ihrer Verantwortung für die Freundschaft der beiden Staaten gerecht.

Die regelmäßige Arbeitsbeziehung soll künftig intensiviert werden. Wie schon erwähnt, gehöre ich zu einer der 50 Abgeordneten beider Parlamente und fliege am 25. März zur konstituierenden Sitzung der Deutsch-Französischen Versammlung nach Paris. Dort sollen alle bilateralen Themen gemeinsam erörtert werden ohne verbindliche Beschlüsse zu fassen. Das Abkommen reagiert auf diese Weise auf die zunehmend internationaler werdenden Problemstellungen. Es ist

Elisabeth Motschmann Newsletter

zugleich ein Bekenntnis zur deutsch-französischen Freundschaft. Hierzu 3 Fragen und 3 Antworten, entnommen aus einem Interview mit Andreas Jung, dem Vorsitzenden der Deutsch-Französischen Parlamentariergruppe.

Wozu braucht es 56 Jahren nach Unterzeichnung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrags, auch bekannt als Elysée-Vertrag, ein Parlamentsabkommen?

Seit 56 Jahren haben wir den Élysée-Vertrag, der mit dem Aachener Vertrag am 22. Januar 2019 erneuert wurde. Beides sind Regierungsverträge und beschreiben die Zusammenarbeit der Regierungen. Mit dem Parlamentsabkommen geben wir nun zum ersten Mal eine parlamentarische Antwort darauf. Denn die deutsch-französische Partnerschaft basiert auf der Freundschaft unserer beiden Völker. Deshalb müssen die Parlamente als Volksvertreter eine zentrale Rolle spielen. Das Parlamentsabkommen hebt die deutsch-französische Zusammenarbeit damit auf eine neue Stufe. Eine so enge Zusammenarbeit wie zwischen unseren Parlamenten gibt es nirgends anders auf der Welt zwischen zwei Ländern.

Was ist das Besondere an dem neuen Parlamentsabkommen?

Herzstück des Abkommens ist die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung. Sie soll die Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale institutionalisieren. Am kommenden Montag, dem 25. März, wird sich die Versammlung in Paris konstituieren. Dort treffen dann die 50 deutschen Abgeordneten und 50 französischen Abgeordneten erstmals zusammen. Bemerkenswert ist auch, dass eine breite Mehrheit hinter dem Parlamentsabkommen steht. In Paris haben nur die extrem Linken und extrem Rechten dagegen gestimmt, im Bundestag ist bei der heutigen Abstimmung ebenfalls mit einer breiten Mehrheit zu rechnen. Das ist ein starkes Bekenntnis zur deutsch-französischen Freundschaft, mit dem wir auch zum Ausdruck bringen wollen, dass es in Europa auf die enge Abstimmung zwischen Paris und Berlin besonders ankommt.

Welche praktischen Auswirkungen hat das Abkommen? Gibt es einen Mehrwert für die Bürger?

Als Parlamentarier haben wir uns bereits bei den Verhandlungen zum Aachener Vertrag im vergangenen Jahr dafür eingesetzt, dass der neue Vertrag einen wirklichen Mehrwert für die Bürger bringt. Das ist uns auch gelungen. Der Vertrag richtet zum Beispiel einen Bürgerfonds ein, mit dem Städtepartnerschaften und länderübergreifende Bürgerinitiativen unterstützt werden sollen. Auch wird es ein Zukunftswerk geben, mit dem wir die Herausforderungen unserer Zeit angehen wollen. Der Vertrag enthält zudem ein ausführliches Kapitel zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Die Grenzregionen sollen mehr Befugnisse und Ressourcen erhalten, um grenzüberschreitende Projekte wie z.B. eine gemeinsame Wasserversorgung umsetzen zu können. Damit wird Europa im Alltag erlebbar.

Elisabeth Motschmann Newsletter

Als Parlamentarier werden wir die Umsetzung des Aachener Vertrags mit Nachdruck unterstützen und die parlamentarische Dimension der Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Französischen Parlamentsabkommen entscheidend stärken.

Bremerhaven in Berlin

Marina Kargoscha und Peter Skusa sind mit dem Ausschuss für Familie, Jugend und Frauen der Stadtverordnetenversammlung in der Hauptstadt. Beim gemeinsamen Abendessen haben wir lebhaft diskutiert. Ich habe mich sehr über diesen Besuch gefreut und sage herzlichen Dank!



Lebhafte Diskussionen in gemütlicher Runde – am 20. März 2019

Elisabeth Motschmann Newsletter

Endlich! Opfer der DDR-Diktatur haben weiterhin Anspruch auf Entschädigung!

Die kürzlich gegründete Gruppe „Union 60+“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich zu einem Gedankenaustausch mit dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) Roland Jahn getroffen.



Schwerpunkte des Gespräches waren das kürzlich vorgestellte Konzept zur dauerhaften Sicherung der Stasiunterlagen und die Entfristung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze.

Vor einem Jahr haben wir die Entfristung der Rehabilitierungsgesetze im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Seitdem warten die Opfer auf die entsprechende Umsetzung. Endlich nun hat das Bundesjustizministerium einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Seit Beginn meines Amtes als kulturpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe ich darauf gedrungen. Wir wollen nun sehr zügig über den Entwurf beraten und noch vor der Sommerpause beschließen. Auch in den nächsten Jahren müssen Betroffene die Möglichkeit haben, Anträge auf Rehabilitierung zu stellen. Auch Kinder, die aufgrund der politischen Verhaftung ihrer Eltern ins Heim mussten, sollen zukünftig Anspruch auf eine Entschädigung haben. Wir bleiben in der politischen Verantwortung, den Opfern von Haft, Verfolgung, Bespitzelung und Willkür in der DDR Gehör zu verschaffen. Die Aufarbeitung und Forschung von Zwangsadoptionen in der DDR muss noch verstärkt werden. Zugleich fordern wir einen Gedenkort für die Opfer des Kommunismus.

30 Jahre friedliche Revolution in Deutschland ist zwar großer Grund zur Freude, aber gleichzeitig Auftrag für die Zukunft. Die Aufarbeitung der Diktatur in der DDR muss ungebrochen weitergehen. Aufarbeitung braucht Zeit. Sie ist ein stetiger und nicht endender Prozess.

Dazu gehört auch die dauerhafte Sicherung und Zugänglichkeit der Stasiunterlagen. Das aktuelle Konzept bietet eine gute Beratungsgrundlage. Wichtig für uns

Elisabeth Motschmann Newsletter

ist, dass zukünftige Veränderungen im Einvernehmen mit den Opferverbänden erfolgen und Verbesserungen bei der Aktenerschließung, dem Aktenzugang, der Antragsbearbeitung und der Archivierung mit sich bringen.

Heimat mit Zukunft – für eine reiche Kultur in ländlichen Räumen

Kultur gehört in die Fläche – von Anklam bis Zerbst, von Ahrenshoop bis Wolf-
rathshausen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will daher bei der Kulturförde-
rung einen Schwerpunkt auf die ländlichen Regionen legen. Wir wollen die Zu-
sage gleichwertiger Lebensverhältnisse einlösen.



Das kulturelle Leben in den ländlichen Regionen ist lebendig – und ohne Ehrenamt nicht denkbar. Engagierte vor Ort unterstützen und initiieren kulturelle Projekte in Orchestern, Chören, Theater- und Tanzgruppen, Heimat- und Kulturvereinen. Wer diese Vielfalt erhalten und stärken will, muss das Ehrenamt von Bürokratie entlasten.

Über die Umsetzung dieser Ziele haben wir uns am Montag mit verschiedenen Vertretern aus Politik, Landwirtschaft und Kultur ausgetauscht und konkrete Vorschläge aufgenommen. Im Anschluss gab ich ein Interview, das unter dem folgenden Link anzuschauen ist: <https://bit.ly/2FjBlf4>

Elisabeth Motschmann Newsletter



Interview im Anschluss an die Veranstaltung "Heimat mit Zukunft - Kultur im ländlichen Raum"- am 18. März 2019

Versteigerung der Frequenzen für 5 G beginnt.

In dieser Woche begann bei der Bundesnetzagentur die Versteigerung von Frequenzen, welche die Telekommunikationsunternehmen für die neue Mobilfunkgeneration 5 G nutzen werden. Mit 5 G können deutlich größere Datenmengen in Echtzeit übertragen werden. Man benötigt diese Technik für autonomes Fahren und viele innovative Industrieanwendungen. Es ist davon auszugehen, dass die Versteigerung mehrere Wochen dauern wird. Danach werden die Frequenzen den Telekommunikationsunternehmen zugeteilt und der Ausbau kann beginnen. Bis spätestens Ende 2022 muss der erste Ausbauschnitt erfüllt sein, so dass er dann den Verbrauchern zugutekommt.

Elisabeth Motschmann Newsletter

Bundsvorstand der Frauen Union

Am Montag ging es bei dem Bundsvorstand der Frauen Union um die Rente von Frauen. Die Forderungen von Bundesminister Hubertus Heil (SPD) sind nicht realisierbar bzw. finanzierbar. Sein Modell bedeutet zusätzliche Kosten von ca. 10 Mrd. Euro. Ohne Bedürftigkeitsprüfung läuft mit der CDU nichts.



Bundsvorstand der Frauen Union – am 18. März 2019